Die netten Spionage-Stümper von nebenan

US-Bundespolizei FBI hebt russischen Agentenring aus – Elf Verdächtigen drohen langjährige Haftstrafen – Moskau reagiert verärgert

Von Uwe Schmitt

WASHINGTON – Ein über Jahre arbeitendes russisches Agentennetz, das am Wochenende in den USA zerschlagen wurde, zeichnete sich allem Anschein nach durch Faulheit, Inkompetenz, Genusssucht und anhaltende Erfolglosigkeit aus. Sieben Jahre lang observierte das FBI die Agenten, die als fünf Ehepaare mit Kindern auftraten, Jobs nachgingen und bürgerliche Existenzen führten. Auf der Mittelmeerinsel Zypern wurde gestern das flüchtige letzte Mitglied des angeblichen Spionagerings gefasst: ein 55-jähriger Kanadier mit US-Pass. Er wollte gerade nach Budapest weiterfliegen.

Nichts deutet darauf hin, dass den Agenten das Infiltrieren von politischen oder militärischen Kreisen gelang. Es wurde Anklage wegen Verschwörung zur Agententätigkeit für eine fremde Macht erhoben, acht von ihnen wird Geldwäsche vorgeworfen. Ihnen drohen zwischen fünf und 25 Jahren Haft.

Nicht nur die ahnungslosen Nachbarn der fünf Paare, die in New Jersey, Boston und im Norden Virginias in Handschellen abgeführt wurden, haben Zweifel an der Spionagetätigkeit der netten Leute von nebenan. In den Anklageschriften werden vom FBI observierte stümperhafte Szenen geschildert, die aus einem in die Jahre gekommenen billigen Agententhriller zu stammen scheinen. Mitteilungen in unsichtbarer Tinte, der Austausch von Taschen durch Rempeleien in vollen Bahnhöfen, vergrabene Geldkoffer, gefälschte Pässe mit der Identität von Toten.

> „Der Vorwruf der US-Justiz ist unbegründet“
>
> **Moskaus Außenamtssprecher Andrej Nesterenko**

Geschickter, wenngleich nicht geschickt genug, stellten sich die Agenten beim Austausch von Daten zwischen Computern durch drahtlose Kurzzeitnetzwerke an und bei der Tarnung von Nachrichten in Web-Seiten. Doch auch hier war Trägheit, nämlich der auf einem Zettel notierte Entschlüsselungscode mit 27 Stellen, das Verhängnis der Agenten. Jeder halbwegs aufmerksame Le-Carré-Leser weiß, dass Zahlenkombinationen als Konto- oder Telefonnummern zu tarnen sind.

Die schlampigen bis komischen Aspekte der Agentenaffäre scheinen jedoch weder Washington noch Moskau zu amüsieren. Es heißt, Präsident Barack Obama soll ungehalten sein, dass sein gerade bei einem Besuch von Russlands Präsident Dmitri Medwedjew über Hamburgern besiegeltes kumpelhaftes Vertrauensverhältnis mit dem „Freund und Partner“ empfindlich gestört wird. Das FBI habe mit den Verhaftungen gewartet, bis der Staatsgast das Land verlassen hatte. Doch auch diese Rücksichtnahme besänftigt nicht den erzürnten russischen Außenminister Sergej Lawrow, der sich beschwerte, die „Angelegenheit ist uns nicht erklärt worden“. Außenamtssprecher Andrej Nesterenko formulierte noch schärfer: „Der von der US-Justiz erhobene Vorwurf ist unbegründet und verfolgt keine guten Ziele.“ Das Ganze ähnele anachronistischen „Spionage-Skandalen aus dem Kalten Krieg“. Und der Vizegeneralstaatsanwalt Wladimir Kolesnikow drohte an, dass künftig mit Agenten der US-Geheimdienste in Russland härter umgegangen würde: „Bisher wurden sie bei einer Enttarnung stillschweigend ausgewiesen. Jetzt muss man ihnen wohl den Prozess machen.“

Es muss die russische Geheimdienstzentrale, in der Korrespondenz mit den Agenten „Center Moscow“ oder schlicht „C.“ genannt, professionell beschämen, wie tief das FBI in das Netz eindrang. E-Mails, Anrufe, Observation (von Geldübergaben) bei Auslandsreisen, die Einpflanzung von Mikrofonen in die Wohnungen der Agenten, heimliche Hausdurchsuchungen – es fehlt keine Überwachungstechnik, und es fehlte nicht an Geduld. Die Einsicht in die Beziehungen der Agenten zu ihrer Zentrale geht so weit, dass selbst das Misstrauen zwischen Zentrale und Agenten zutage tritt. „C.“ befürchtete, offenbar nicht zu Unrecht, die Spione könnten es sich zu gemütlich in ihrem Tarnleben machen und ihre Mission vergessen. Es gab Ärger um hohe, unbegründete Spesenrechnungen. Und als das Ehepaar, das sich Richard und Cynthia Murphy nannte, darum bat, ein Haus in Montclair (New Jersey) kaufen zu dürfen, lehnte „C.“ indigniert ab. Das Argument der Murphys, aus Tarnungsgründen „in Rom zu tun, was die Römer tun“, kam gegen den Neid der Zentrale nicht an.

So bleibt nach dem heutigen Wissensstand von dem Agentennetz in New York, Massachusetts, New Jersey und Virginia wenig Gewinn für Russland und geringe Gefahr für die Vereinigten Staaten. Die Rechnungshöfe beider Nationen könnten zu dem Schluss kommen, dass die enormen Kosten für Installierung und jahrelange Tarnexistenz angesichts der mageren Ergebnisse ebenso wenig gerechtfertigt sind wie der beträchtliche Aufwand für sieben Jahre FBI-Observierung. Die Vergeltung dürfte jedenfalls bald folgen. US-Agenten in Russland sei geraten, einen längeren Urlaub anzutreten.

Seite 6: Kommentar

Handwaffenverbot in Chicago nach 28 Jahren vor dem Aus

WASHINGTON – Während die amerikanischen Waffenlobbyisten jubelten, trat der Bürgermeister von Chicago mit betretener Miene vor die Mikrofone. „Ich bin enttäuscht von dieser Entscheidung. Der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass wir weniger Waffen auf der Straße brauchen, nicht mehr“, sagte Richard M. Daley. Er könne nun den Waffenbann auf den Straßen der Metropole am Michigansee nicht mehr aufrechterhalten.

Was war geschehen? Das Oberste US-Gericht, der Supreme Court in Washington, hatte in einer 5:4-Stimmen-Entscheidung das umstrittene Recht auf Waffenbesitz ausgeweitet. Das im zweiten Verfassungszusatz fixierte Grundrecht gelte für alle Bundesstaaten und Städte, befanden die Richter. Der Artikel war bislang nur auf Bundesrecht und das Bundesgebiet Washington D.C. angewandt worden. Die Staaten und die Kommunen konnten Waffenverbote verhängen – so wie Chicago es vor 28 Jahren getan hat. Gegen das Gesetz, das zu den schärfsten im ganzen Land gehört und nun wohl gekippt wird, hatten vier Bürger aus Chicago, zwei Lobbygruppen und die Nationale Schusswaffen-Vereinigung (NRA) geklagt.

Den USA könnte nun eine jahrelange Prozesslawine bevorstehen. Die Gerichte müssen entscheiden: Wann endet das Recht zum Tragen einer Waffe aus Selbstschutzgründen, und ab wann müssen Kontrollgesetze greifen, die Gewalttaten wie Morde oder Selbstmorde verhindern sollen. Die US-Bürger besitzen etwa 200 Millionen Handfeuerwaffen. Im Schnitt sterben Regierungsdaten zufolge pro Tag 80 Menschen durch den Einsatz einer Schusswaffe. Die NRA erklärte, sie werde erst ruhen, wenn jeder US-Bürger sein Recht auf Kauf und Besitz von Waffen zur Selbstverteidigung ausüben könne. *al*

Teheran weist CIA-Bericht über Atombomben zurück

NEW YORK/TEHERAN – Im Atomstreit mit dem Iran dringt UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf eine neue Verhandlungsrunde. Auch wenn der Sicherheitsrat im Juni weitere Strafmaßnahmen gegen die Islamische Republik beschlossen habe, stehe die Tür für eine diplomatische Lösung weiterhin offen, sagte Ban. Der Iran hatte zuvor seine Bereitschaft zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch erklärt. Laut Präsident Mahmud Ahmadinedschad sollten neue Gespräche aber erst in einigen Wochen stattfinden – als Bestrafung des Westens wegen der neuen Sanktionen. Dabei wies Ahmadinedschad auch einen CIA-Bericht zurück, dem zufolge das Land bereits angereicherten Kernbrennstoff für zwei Atomwaffen besitzt. „Fürchten sie sich so sehr vor zwei Bomben? In den Arsenalen stehen 20 000 Bomben, und sie fürchten sich so sehr vor der Möglichkeit, dass zwei Bomben existieren könnten?“

Der CIA-Bericht bietet nach Ansicht von Russlands Präsident Dmitri Medwedjew Grund zur Sorge. Die Information müsse zwar geprüft werden, zeige aber, dass das iranische Atomprogramm nicht transparent sei, sagte Medwedjew in Toronto. Sollten die Informationen zutreffen, würde das die Spannungen anheizen. Für diesen Fall schließe er Konsequenzen nicht aus. CIA-Chef Leon Panetta hatte dem Fernsehsender ABC gesagt, der Iran verfüge über genügend Material zum Bau von zwei Atomwaffen, müsse zunächst aber noch weiteren Brennstoff aufarbeiten. *rtr*

General McChrystal geht in den Ruhestand

WASHINGTON – Ende einer langen Militärkarriere: Nach seinem Rauswurf als US-Oberbefehlshaber in Afghanistan will sich General Stanley McChrystal in den Ruhestand zurückziehen. Er habe die zuständigen Stellen des Heeres von dieser Absicht unterrichtet, berichtete das „Wall Street Journal“. Präsident Barack Obama hatte sich vorige Woche von seinem Kommandeur in Afghanistan getrennt, nachdem sich McChrystal und enge Vertraute in einem Zeitschriftenartikel abfällig über Regierungsmitglieder und Diplomaten geäußert hatten. Gestern begann im US-Senat das Bestätigungsverfahren von McChrystals Nachfolger David Petraeus. Er sagte, er wolle an dem geplanten Abzugstermin für die US-Soldaten ab Juli 2011 festhalten.

Bei einer nicht angekündigten Militäroffensive im afghanischen Grenzgebiet zu Pakistan sind derweil bis zu 150 Taliban getötet worden. Rund 700 US- und afghanische Soldaten hätten die Aufständischen angegriffen und diesmal anders als bei der Offensive vor einigen Monaten in Mardscha auf das Überraschungsmoment gesetzt, berichtete die Zeitung „Washington Post“. Der US-geführte Einsatz sei einer der größten in der Region um die Provinz Kunar und „einer der heftigsten Kämpfe des vergangenen Jahres“ in Afghanistan gewesen, zitierte die Zeitung US-Vertreter. Zwei US-Soldaten seien gefallen. Mit der Offensive sollte der Zustrom von Taliban im Grenzgebiet zu Pakistan gestoppt werden. *AFP/dpa*

AFP/GETTY IMAGES/MOHAMED DAHIR

Piraten im Nordosten Somalias halten Wache am Strand. Die auf hoher See entführten Frachtschiffe werden in somalische Gewässer gebracht und dort zum Teil monatelang festgehalten

Der Piraten-Flüsterer

Andrew Mwangura verhandelt zwischen Geiselnehmern und Reedern – Nun interessiert sich Hollywood für seine Geschichte

Von Philipp Hedemann

MOMBASA – Wenn eines seiner vier Telefone klingelt, heißt das nichts Gutes. Am anderen Ende der Leitung ist dann oft ein vor Angst zitternder Kapitän, der das Schnellfeuergewehr eines Piraten im Rücken spürt, ein mit Khat zugedröhnter Seeräuber, der mehrere Millionen Dollar Lösegeld fordert, oder ein hysterischer Reeder, der um sein Schiff fürchtet. Sie alle rufen den Kenianer Andrew Mwangura an, den Piratenflüsterer. Mit leiser Stimme verhandelt der ehemalige Matrose zwischen Gangstern und Reedern, rettete so schon viele Leben. Jetzt ist sein eigenes in Gefahr. Nervös schaut Andrew Mwangura sich im tristen China-Restaurant in einer Seitenstraße der kenianischen Hafenstadt Mombasa um. Liest einer der Gäste vielleicht etwas zu unauffällig die Zeitung? Und ist der deutsche Journalist, mit dem er hier verabredet ist, auch wirklich Journalist? Hektisch durchblättert er meine Unterlagen. „Das reicht nicht. Wie kann ich wissen, dass Sie nicht von Geheimdienst oder der Mafia sind? Unser Treffen ist beendet.“ Dann verschwindet Mwangura im kenianischen Regen.

Erst eine Woche später kommt ein zweites Treffen zustande. Wer jeden Tag mit Schwerverbrechern zu tun hat, ist vorsichtig. Und seit Oktober 2008 ist Mwangura noch vorsichtiger. Damals hatten Piraten den ukrainischen Frachter „MV Faina“ auf dem Weg nach Mombasa gekapert. Ein Volltreffer. Das Schiff hatte Raketenwerfer und 33 sowjetische T-72-Kampfpanzer geladen. Offiziell hatte das kenianische Verteidigungsministerium die Panzer bestellt. Doch Mwangura bekam die Frachtpapiere zugespielt. Und darin stand: Die Ladung sollte über Kenia in den Südsudan gebracht werden – trotz UN-Waffenembargos und scheinbar mit dem Wissen der kenianischen Regierung.

Als Mwangura das öffentlich machte, beschuldigte die Regierung ihn, falsche Informationen zu verbreiten, die „Angst und Panik in der Bevölkerung auslösen könnten“, und ließ ihn kurzerhand festnehmen. Erst nach neun Tagen wurde er bis auf Weiteres freigelassen. Menschenrechtsorganisationen zahlten die 2000 Euro Kaution, die der 47-Jährige, der ohne Mandat, ohne Apparat und ohne Bezahlung arbeitet, nicht aufbringen konnte.

PHILIPP HEDEMANN

> „Ich muss zugeben, dass zwischen Samuel L. Jackson und mir eine gewisse Ähnlichkeit besteht“
>
> **Andrew Mwangura**

„Ich weiß, dass sie mir folgen, meine Telefone abhören“, erzählt Mwangura. Sie, das sind die kenianische Regierung und all diejenigen, die der ehemalige Matrose als „internationale Mafia“ bezeichnet. Waffen-, Drogen- und Menschenhändler und skrupellose Schiffseigner. „Ich muss jeden Tag um mein Leben fürchten, denn die Mafiosi wollen mich loswerden, weil ich ihnen bei ihren schmutzigen Geschäften dazwischenfunke. Früher hatten wir mal ein Büro, aber das wurde zu gefährlich. Ich checke meine Mails jetzt in Internetcafés“, sagt der Mann mit der Glatze unter der Schirmmütze. Seine Frau und seine beiden kleinen Kinder hat Mwangura längst in Sicherheit gebracht. Sie leben an einem geheim gehaltenen Ort außerhalb Kenias. Der Vater sieht sie nur alle paar Monate. Während er von seiner Familie spricht, klingelt eines seiner alten Nokia-Handys. Ein iPhone oder Blackberry kann sich der Mann, für den Informationen alles sind, nicht leisten. Oft schreibt er Kurznachrichten auf dem Handy, um Kosten zu sparen.

Mit sorgenvoller Miene schaut Mwangura aufs Display. Dann antwortet er leise. Zweimal „Yes“, einmal „No“. Gespräch beendet. Was denkt der schmächtige Mann, wenn sein Handy klingelt, manchmal alle vier gleichzeitig? „Dann weiß ich, Seeleute sind in Gefahr. Wenn die Geiseln selbst am Telefon sind, versuche ich sie zu beruhigen. Ich sage ihnen, dass die Piraten keine Mörder sind, dass Sie ihre Gefangenen meist gut behandeln.“ Meist. Wenn keiner der Piraten unter Stress ausrastet, wenn der Schiffseigner nicht auf stur schaltet, wenn es zwischen den Piraten, die oft kein Wort Englisch sprechen, und ihren Geiseln nicht zu Missverständnissen kommt, wenn nicht der Nachschub der Kaudroge Khat abreißt. „Die Geiseln berichten immer wieder, dass die Piraten nervös und aggressiv werden, wenn sie nichts zum Kauen haben.“ Und wenn die Marine eingreift? Die Kriegsschiffe der Operation „Atalanta“ (der Europäischen Union) trügen nur zu einer Eskalation der Gewalt bei, glaubt Mwangura: „Sie erschweren die schnelle Freigabe von Schiffen, außerdem wird jedes Boot, das von der Marine zerstört wird, vom nächsten Lösegeld ersetzt. Kanonenbootpolitik wird das Problem nicht lösen, es muss an Land gelöst werden.“ Mwanguras Forderung: „Fischerei und Landwirtschaft müssen in Somalia wiederbelebt werden.“

Er weiß, wovon er spricht. Er war selbst oft in dem Land, das nach dem Sturz des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 in Chaos und Bürgerkrieg versank. Er traf die Clanältesten, die ihm von den ausländischen Fangflotten erzählten, die das Machtvakuum des regierungslosen Landes ausnutzen, um die Gewässer vor der Küste leer zu fischen und anschließend ihre giftigen Abfälle dort verklappen. Die Ältesten erzählten ihm von den Anführern der Piratenbanden, die in großen Geländewagen durch die kleinen Piratennester fahren und sich mit dem erpressten Geld als Wohltäter aufspielen. Die Ältesten erzählten ihm auch von den jungen Männern, die aus Mangel an Alternativen „Pirat“ als Berufswunsch nennen.

Bald wird Mwangura wieder nach Somalia reisen. In einer Radiosendung will er sich an die Somalier wenden, sie davon abbringen, sich den Piraten anzuschließen. Mwangura weiß, dass das keine einfache Aufgabe wird: „2008 wurde ein toter Pirat gefunden. In seiner Tasche hatte er 126 000 Dollar. Cash.“ So etwas spricht sich in Somalia, wo Dollars alles sind, und der Tod nicht viel bedeutet, schnell herum.

Mittlerweile erpressen die Piraten pro Schiff bis zu drei Millionen Dollar Lösegeld. Und Mwangura glaubt, dass die Summe noch steigen wird. „Wegen der ‚Atalanta‘-Schiffe müssen die Piraten immer weiter von der Küste entfernt agieren. Wenn es für die Piraten teurer und gefährlicher wird, wollen sie auch mehr Geld.“ Der Großteil davon landet laut Mwangura bei den „Mafiosi“, in klimatisierten Büros in Dubai, Hamburg oder Nairobi. Doch auch die Barfußpiraten in den kleinen Holzbooten lassen sich gut bezahlen. „Die Banden sind nach militärischen Dienstgraden organisiert. Je gefährlicher der Job, desto besser bezahlt“, erklärt Mwangura. „Der Pirat, der als Erster an Bord des gekaperten Schiffs klettert, bekommt mehr als der, der die ganze Zeit im Boot bleibt.“

Mwangura kennt die Strukturen so gut, dass ihm mehrfach vorgeworfen wurde, mit den Piraten gemeinsame Sache zu machen. Ein ranghoher deutscher Soldat sagt der WELT über Mwanguras gute Kontakte zu den Piraten: „Wer Schmutz anfasst, macht sich selber schmutzig.“ Mwangura hat die Vorwürfe stets bestritten. „Natürlich muss man mit den Geiselnehmern zusammenarbeiten, wenn man die Freilassung der Geiseln erreichen will. Das heißt aber nicht, dass ich mit den Piraten gemeinsame Sache mache.“

Die Arbeit des öffentlichkeitsscheuen Mannes aus Mombasa hat sich mittlerweile sogar bis nach Hollywood herumgesprochen. Das Leben des Piratenflüsterers soll verfilmt werden. Der Schauspieler Samuel L. Jackson hat sich die Rechte gesichert, er selbst will die Hauptrolle spielen. Der echte Mwangura: „Ich habe noch nie einen Film mit Samuel L. Jackson gesehen, aber ich habe gehört, er sei ein guter Schauspieler. Ich muss zugeben, dass zwischen uns eine gewisse Ähnlichkeit besteht, auch wenn er natürlich viel größer und kräftiger ist als ich.“ Mwangura hat der Verfilmung zugestimmt. Er wolle mit dem Film aber nicht reich werden, sagt der ehemalige Matrose: „Wenn Hollywood Geld geben möchte, dann soll es meiner Arbeit zugutekommen. Kein einziger Penny wird in meiner eigenen Tasche landen.“ Dann klingelt wieder Mwanguras altes Nokia. Diesmal reichen „Yes, Yes, No“ nicht. Seeleute sind in Gefahr. Das Interview ist beendet.

AUSLAND

MEXIKO

Bekannter Politiker ermordet

Knapp eine Woche vor Regional- und Kommunalwahlen in Mexiko ist der landesweit bekannte Politiker Rodolfo Torre Cantú ermordet worden. Der Kandidat der PRI-Partei für das Amt des Gouverneurs im Bundesstaat Tamaulipas wurde bei einem Überfall auf einer Landstraße von Unbekannten erschossen. Auch vier seiner Begleiter starben bei dem Attentat etwa 750 Kilometer nördlich von der Hauptstadt Mexiko-Stadt. Der Anschlag trug die Handschrift des organisierten Verbrechens und der Drogenkartelle. Der 46-jährige Politiker, der die Umfragen anführte, hatte im Wahlkampf die Bekämpfung der Kriminalität als eines seiner wichtigsten Ziele genannt. In den vergangenen Tagen waren bereits zwei Bürgermeister erschossen worden. Am Sonntag stehen in zwölf der 32 mexikanischen Bundesstaaten Gouverneurswahlen an. *dpa*

ITALIEN

Senator mit Mafia-Kontakten

Ein enger Vertrauter des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi ist von einem Berufungsgericht in Palermo zu sieben Jahren Haft wegen Mafia-Verstrickungen verurteilt worden. Der Senator und Unternehmer Marcello Dell'Utri kündigte an, die Entscheidung anzufechten. Zuständig in dieser letzten Instanz ist das Kassationsgericht in Rom. Der reuige Mafioso Gaspare Spatuzza hatte sowohl Berlusconi als auch Dell'Utri beschuldigt, mit der Mafia Anfang der 90er-Jahre einen blutigen Pakt geschlossen zu haben, um sich den Einstieg in die Politik zu ermöglichen. *dpa*

UNGARN

Pal Schmitt neuer Staatspräsident

Mit Pal Schmitt stellt Ungarns rechtskonservative Partei Fidesz nun auch den Präsidenten. Das Parlament in Budapest wählte den 68-Jährigen erwartungsgemäß mit überwältigender Mehrheit zum Staatsoberhaupt. 263 Abgeordnete von insgesamt 386 stimmten für Schmitt. Das ist mehr als die für diese Wahl erforderliche Zweidrittelmehrheit, über die die Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orban im Parlament verfügt. Die Opposition befürchtet, dass Orban und seine Partei kraft ihrer Zweidrittelmehrheit Staat und Verfassung zum eigenen Vorteil umbaut und Parteifreund Schmitt im Präsidentenpalast auf das ihm mögliche Einlegen eines Vetos verzichtet. *dpa*